

Newsletter 6/2020

Liebe Attac-Mitglieder und -Interessierte in Hamburg und Umgebung,

in diesem Newsletter möchten wir über verschiedene Aktivitäten und Veranstaltungen berichten, die trotz der gegenwärtigen Beschränkungen des privaten und öffentlichen Lebens stattfanden oder geplant sind, über längerfristige Projekte informieren und verschiedene Aspekte der derzeitigen Krise und Reaktionen darauf beleuchten.

Auf manche Aktionen kann im Newsletter nicht hingewiesen werden, weil sie recht kurzfristig geplant und bekanntgegeben werden und nicht selten erst kurz vor dem jeweiligen Termin klar ist, ob und unter welchen Auflagen sie stattfinden können. Bisweilen ist die Anrufung von Gerichten notwendig, weil Versammlungsbehörde und Polizei teilweise recht restriktiv vorgehen. Wer sich auf dem Laufenden halten und sich an der einen oder anderen Aktion beteiligen möchte, beachte bitte die Ankündigungen auf unserer Website.

Rückblick

Gesundheit statt Profite! - Am Tag des Pflegenotstands, 12. Mai 2020, Demonstration vor vier Hamburger Krankenhäusern

Dazu lud das Hamburger Pflegebündnis am „Internationalen Tag der Pflegenden“ zu vier gleichzeitigen Demonstrationen an den Krankenhäusern: HELIOS ENDO-Klinik, Universitätskrankenhaus Eppendorf, Schön Klinik Eilbek und Asklepios Krankenhaus St. Georg. [...]

Attac Hamburg beteiligte sich an der Demonstration als Bündnispartner. In der Rede Attacs vor dem Asklepios Krankenhaus St. Georg wurde betont, dass durch die Corona-Pandemie die Folgen der Privatisierung des Gesundheitssystems noch deutlicher wurden. Gesundheit darf keine Ware und keine Quelle des Profits sein. Das Gesundheitssystem erfordert regionale Wirtschaftskreisläufe unter Kontrolle der Solidargemeinschaft – die negativen Ergebnisse bei den global üblichen Steuerungsmaßnahmen der Wirtschaft sind offenbar geworden. Zu einem gesunden Leben gehören ferner sichere Existenz, angemessener Wohnraum sowie gesunde Ernährung. Auch in diesen Bereichen der Daseinsvorsorge bedarf es neuer politischer Gestaltung.

[Weiterlesen](#)

Rede von Attac Hamburg

Regierungen, die den Hungertod von 24.000 Menschen – *täglich* – ignorieren, Regierungen, die seit Jahren Kriege führen, Geflüchtete nicht aufnehmen wollen, Klimaschutzmaßnahmen nicht anpacken, Regierungen, die Sanktionen gegenüber Staaten nicht aufheben wollen, Regierungen, die im eigenen Land die öffentlichen Dienste zusammenschumpfen, Regierungen, die Armut von Jung wie Alt betreiben und schlechte Arbeitsbedingungen, die zum vorzeitigen Tod führen, als normal betrachten, *Diese* Regierungen hätten plötzlich ihr großes Herz für den „Schutz von Menschenleben“ entdeckt?

Wir stellen fest: *Solche* Regierungen treffen nicht umfangreiche und kluge Schutzmaßnahmen, sie federn nicht die sozialen Folgen der Ausgangsbeschränkungen und Schließungen ab. Es sei denn, der Druck der sozialen Bewegungen zwingt sie dazu.

[Weiterlesen](#)

23. Mai 2020

Leave No One Behind! Evacuate Now!

Europaweiter Aktionstag für die Evakuierung der Lager auf den griechischen Inseln

An der Kundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt nahmen etwa 300 Menschen teil. Gefordert wurde neben der sofortigen Evakuierung der griechischen Lager die Aufnahme von mindestens 1.000 Geflüchteten aus Griechenland in Hamburg. Attac Hamburg war dabei.

Weitere Informationen

[Attac Hamburg](#)

[Seebrücke Hamburg](#)

[Solidarische Stadt Hamburg](#)

[Video](#)

Keine Profite mit Boden & Miete

Die Volksinitiative „Keine Profite mit Boden und Miete“, an der Attac Hamburg beteiligt ist, teilt mit:

Update 4. Juni 2020: Auswirkungen von COVID-19 auf unsere Volksinitiativen

Die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie getroffenen staatlichen einschränkenden Maßnahmen (Ausgangsbeschränkung, Kontaktverbot, Versammlungsverbot etc.) haben es uns praktisch unmöglich gemacht,

Unterschriften für unsere beiden Volksinitiativen zu sammeln. Die ursprüngliche gesetzliche Sammelfrist, innerhalb derer wir je 10.000 gültige Unterschriften für die beiden Volksinitiativen einsammeln müssen, endet nicht zum 2. August 2020, sondern aufgrund der letzten Verordnungen des Hamburger Senats nach dem gegenwärtigen Stand am 19. Oktober 2020. Bitte schickt uns die Unterschriften, die Ihr gesammelt habt, an den Mieterverein zu Hamburg oder an Mieter helfen Mietern per Briefpost. Die Unterschriftensammlungen werden kurzfristig wieder aufgenommen. Am 4. Juli 2020 von 11 bis 14 Uhr werden in Altona (Große Bergstraße und Neue Große Bergstraße) Unterschriften gesammelt.

[Weitere Informationen](#)

Schuldenbremse jetzt erst recht streichen!

Stellungnahme beim Verfassungsgericht gegen die Klage des Hamburgischen Senats eingereicht

Der Senat hatte Ende April 2020 beim Verfassungsgericht einen Antrag gegen den Volksentscheid „Schuldenbremse streichen!“ gestellt mit der Begründung, diese Forderung sei verfassungswidrig. Darauf wird in der Stellungnahme erwidert:“Der Antrag des Senats ist als unbegründet zurückzuweisen.“

[Weitere Informationen](#)

Steigerung der Ungleichheit während der Pandemie: Wer rettet wen?

Die einen bekommen als Entschädigung für ihre nochmals gestiegene Arbeitsbelastung Applaus und lobende Worte, die anderen streichen Dividenden aus der Beteiligung an Unternehmen ein, die staatliche Subventionen erhalten oder Tausende von Beschäftigten in die Kurzarbeit schicken. Von Teilen der Union wird gefordert, auf eine Erhöhung des Mindestlohns zu verzichten oder ihn sogar zu senken, während die Forderung der Automobilindustrie nach einer erneuten Prämie für den Kauf von Autos – auch solchen mit Verbrennungsmotoren – von manchen politisch Verantwortlichen unterstützt wird. Während Arbeitslose, bevor sie Arbeitslosengeld 2 beziehen dürfen, den Großteil ihrer möglicherweise vorhandenen Ersparnisse verzehren müssen, erhalten Konzerne mit enormen Rücklagen staatliche Hilfe. Gleich zu Beginn der Corona-Pandemie wurde betont, dass es vor allem darum gehe, die Wirtschaft zu schützen und zu stützen. Damit war zu erwarten, dass einige wenige von den Hilfen profitieren würden und die Mehrheit die Lasten zu tragen haben würde, dass also die Ungleichheit verschärft würde. Und so kam es auch.

Prämie für Pflegekräfte

Nach schwerem Ringen wurde beschlossen, den Beschäftigten in der Altenpflege (nicht in der Krankenpflege) eine einmalige Sonderzahlung von 1.000 Euro zu gewähren, die von den Ländern oder Unternehmen bis zur Höhe von 1.500 Euro aufgestockt werden kann. Von einer dauerhaften Lohnerhöhung ist nicht die Rede. Der Betrag bezieht sich auf eine Vollzeitstelle. Teilzeitbeschäftigte bekommen also weniger, und die sind in der Mehrheit. Für die Prämie wurde 1 Milliarde Euro veranschlagt, die sich etwa 1,1 Millionen Menschen teilen müssen. Gleichzeitig werden riesige Subventionen an Autokonzerne verteilt, die Tausende Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt haben und hohe Dividenden auszahlen. So erhielten zum Beispiel die Geschwister Susanne Klatten und Stefan Quandt, die zusammen knapp 47 Prozent der BMW-Anteile besitzen, soeben eine Dividende in Höhe von etwa 770 Millionen Euro. Dazu schreibt Jens Berger in seinem Artikel [Die Corona-Schock-Strategie – Klatschen für Krankenschwestern, Milliardengeschenke für Aktionäre](#) auf den Nachdenkseiten: „Dafür werden die Krankenschwestern sicherlich Verständnis haben: Da die Bundesregierung die angeschlagene Lufthansa ‚retten‘ muss und die Automobilhersteller sich mit ihrem dreisten Wunsch nach einer ‚Kaufprämie‘ für Neuwagen [Medienberichten zufolge](#) auch durchsetzen werden, ist von der ‚Corona-Prämie‘, die Jens Spahn vor einigen Wochen großspurig angekündigt hat, nicht mehr die Rede. Stattdessen fließen die – noch gar nicht vorhandenen – Steuermilliarden nun einmal mehr über Dividenden in die Taschen der Großaktionäre. Da freut sich nicht nur das Geschwisterpaar Klatten/Quandt, sondern vor allem die Wall Street, gehören die meisten Konzerne, denen nun Milliardengeschenke auf dem Silbertablett gereicht werden, doch mehrheitlich Finanzkonzernen wie BlackRock und Vanguard. Braucht es noch mehr, um die Charakterlosigkeit der Regierenden offenzulegen?“

Corona-Zuschlag zu Hartz IV?

Im letzten Monat haben Bundestag und Bundesrat einen befristeten Corona-Zuschlag in Höhe von 100 Euro pro Monat für Bezieher/-innen von Grundsicherungsleistungen abgelehnt. Wie jetzt bekannt wurde, war im neuen Konjunkturpaket zunächst doch ein [einmaliger Corona-Zuschlag](#) in Höhe von 100 Euro vorgesehen. Offensichtlich wurde er zugunsten einer Autokaufprämie gestrichen. Nicht nur vor dem Hintergrund merklich gestiegener [Lebensmittelpreise](#) ist diese Entscheidung in puncto Verkommenheit kaum noch zu überbieten. Zudem ignoriert die Bundesregierung eine [Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts](#) aus dem Jahr 2014, in der es unter der Randnummer 144 heißt: „Ergibt sich eine offensichtliche und erhebliche Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Preisentwicklung und der bei der Fortschreibung der Regelbedarfsstufen berücksichtigten Entwicklung der Preise für regelbedarfsrelevante Güter, muss der Gesetzgeber zeitnah darauf reagieren. So muss die Entwicklung der Preise für Haushaltsstrom berücksichtigt werden (oben C II 2 e bb). Ist eine existenzgefährdende Unterdeckung durch unvermittelt auftretende, extreme Preissteigerungen nicht auszuschließen, darf der Gesetzgeber dabei nicht auf die reguläre Fortschreibung der Regelbedarfsstufen warten.“

Hilfen für Schülerinnen und Schüler

Die Bundesregierung konnte sich nicht dazu durchringen, bedürftigen Schülerinnen und Schülern einen direkten und ausreichenden Zuschuss für die Anschaffung der für das sogenannte Homeschooling notwendigen technischen Ausrüstung zu gewähren. Stattdessen sollen nun die Schulen im Rahmen eines Sofortausstattungsprogramms 500 Millionen Euro bekommen, die auch für einen solchen Zuschuss genutzt werden können. Abgesehen davon, dass der vorgesehene Betrag von 150 Euro völlig unzureichend ist, müssen die Eltern den Zuschuss noch dazu bei den Schulen beantragen. Unternehmen kommen schneller und weniger umständlich an Corona-Hilfen. Anträge für die Anschaffung von Computern können zwar auch bei den Jobcentern gestellt werden, doch werden sie dort meist abgelehnt, wie auf [gegen-hartz.de](https://www.gegen-hartz.de) zu lesen ist. Die Folge ist, dass die etwa 2 Millionen Kinder von Eltern, die gezwungen sind, von Arbeitslosengeld 2 zu leben, auch beim Lernen massiv benachteiligt werden, und nicht erst jetzt, denn in den Regelleistungen sind für „Kauf und Reparatur von Festnetz- und Mobiltelefonen und anderen Kommunikationsmitteln“ weniger als 3 Euro im Monat vorgesehen. Das macht eine Teilnahme am digitalen Lernen schlicht unmöglich – [Armut: Homeschooling offenbart die Risse in der Gesellschaft](#).

Neues Konjunkturpaket

Das am 3. Juni 2020 vom Koalitionsausschuss vereinbarte Konjunkturpaket ist ebenso wie viele andere Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Krise nicht darauf ausgelegt, Ungleichheit zu beseitigen, sondern hauptsächlich darauf, die Wirtschaft zu schützen und zu stützen.

Beschlossen wurde ein einmaliger Kinderbonus in Höhe von 300 Euro für jedes kindergeldberechtigte Kind, der nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird, allerdings zu versteuern ist. Nur haben einerseits arme Menschen ohne Kinder nichts davon und stehen andererseits arme Menschen mit Kindern, nachdem der Betrag ausgegeben wurde, genauso da wie zuvor, denn eine dringend notwendige Erhöhung der Grundsicherung ist nach wie vor nicht geplant. Zudem stellt sich die Frage, warum auch Menschen, die nicht als bedürftig anzusehen sind, den Bonus erhalten sollen. Die Präsidentin des [Sozialverbands VdK](#) Verena Bentele äußerte sich dazu wie folgt: „Der Familienbonus wird verbrennen wie ein Strohfeuer. Familien brauchen echte Entlastung. Zielgenauer wäre es, nur arme und bedürftige Familien zu unterstützen. Wenn der Familienbonus im Sparschwein oder im Aktienfond landet, dann verpufft der Konjunkturimpuls. Wer in der Coronakrise seine Arbeit, sein Restaurant verloren hat, dem helfen 300 Euro gar nichts.“

Die geplante befristete Absenkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 16 Prozent dürfte hauptsächlich Menschen mit hohem und sehr hohem Vermögen oder Einkommen zugutekommen – vorausgesetzt, sie wird vom Handel auch weitergegeben. Pro 100 Euro werden 3 Euro eingespart. Bei dem aktuellen Hartz-IV-Regelsatz von 432 Euro für Alleinstehende ergibt das 12,96 Euro pro Monat. Die Ersparnis steigt also mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und entsprechend hohen Ausgaben.

Das Konjunkturpaket sieht weiterhin vor, dass „der Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende von derzeit 1.908 Euro auf 4.000 Euro für die Jahre 2020 und 2021 angehoben“ wird. Dazu schreibt [Christoph Butterwegge](#): „Die von Armut betroffenen oder bedrohten Alleinerziehenden – das waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes schon vor Beginn der Covid-19-Pandemie und dem Lockdown und der Rezession immerhin 41,5 Prozent aller Alleinerziehenden – haben mit Sicherheit nichts davon, weil sie gar keine Einkommensteuer zahlen müssen.“

Die von der Autoindustrie und den Ministerpräsidenten Bayerns, Baden-Württembergs und Niedersachsens geforderte Prämie für den Kauf von Autos unabhängig von der jeweiligen Antriebsart wurde nicht beschlossen, doch kann die Absenkung der Mehrwertsteuer durchaus als Anreiz für den Kauf von Autos mit Verbrennungsmotoren angesehen werden, der ebenfalls hauptsächlich Menschen mit relativ hohem Einkommen zugutekommt. Das Gleiche gilt für die beschlossene Prämie für den Kauf von Elektroautos, die noch dazu von den ursprünglich geplanten 3.000 Euro auf 6.000 Euro erhöht wurde. Angesichts der Tatsache, dass die Autokonzerne BMW, Daimler und VW zusammen über Gewinnrücklagen von gut 200 Milliarden Euro verfügen, ist die Forderung nach einer Autokaufprämie mehr als dreist. Das Geld sollte besser für den Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme und die Minderung des Individualverkehrs verwendet werden, was von Attac Deutschland im Rahmen der Kampagne für eine [Verkehrswende](#) gefordert wird. „Die Auto-Industrie setzt auf E-Autos, weil sie damit weiter massenhaft ‚Einzelkabinen‘ verkaufen kann. Doch eine 1:1-Umwandlung in individuelle Elektromobilität ist keine Alternative: E-Autos ändern nichts an der Verstopfung von Städten. Ihre Herstellung setzt doppelt so viele CO₂-Emissionen wie bei einem konventionellen Vergleichsprodukt frei und benötigt die seltenen Metalle Lithium und Kobalt. All das wollen wir nicht: E-Autos können höchstens im öffentlichen Carsharing eingesetzt werden, um ÖPNV und Radverkehr punktuell zu ergänzen.“

Aktivitäten im Juni 2020

14. Juni 2020

So geht solidarisch

Band der Solidarität in Hamburg

Das Bündnis [unteilbar](#) ruft zu bundesweiten Demonstrationen und Aktionen auf der Straße und im Netz auf. In Hamburg ist eine Menschenkette in der Innenstadt geplant. Attac Hamburg unterstützt die Aktion.

Aus dem Aufruf

Die Pandemie trifft uns alle, doch bei Weitem nicht alle gleich. Was vorher ungerecht war, wird in der Krise noch ungerechter: Weltweit sind immer mehr Menschen in ihrer Existenz bedroht und haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Die Milliarden aus den ersten Konjunkturprogrammen kommen vor allem Unternehmen zugute. Jetzt muss dringend in den Klimaschutz, ins Gesundheitssystem und den Kultur- und Bildungsbereich

investiert werden. Gleichzeitig werden Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungserzählungen gesellschaftsfähiger und bedrohen unser Zusammenleben. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

Zeit: 14 bis 16 Uhr

Strecke: Rathausmarkt–Reesendamm–Jungfernstieg–Ballindamm–Glockengießerwall–Ernst-Merck-Brücke–Ernst-Merck-Straße–Kirchenallee–Steintorplatz–Steindamm (ehemaliges Lampedusa-Zelt)

[Weitere Informationen](#)

20. Juni 2020

Kein Mensch ist illegal, niemals! - Öffnet Eure Grenzen, öffnet Eure Augen!

Aktionen anlässlich des Weltflüchtlingstags

Aus dem Aufruf

2020 hat besser als jemals zuvor gezeigt, dass in der heutigen Welt gleiche Rechte für alle Menschen noch immer ein fernes Ziel sind. Die Bedingungen für Menschen auf der Flucht sind in den meisten Teilen Europas und der Welt eine Schande. Die Lager an Europas Außengrenzen sind überfüllt, die im Innern europäischer Länder bestehen weiterhin. Viele Migrant*innen haben nach wie vor keine Papiere und leben auf der Straße.

Wir wollen die Aufmerksamkeit auf die Lage von Migrant*innen lenken, die Augen der breiteren Öffentlichkeit öffnen und praktische Solidarität einfordern. Lasst uns den aktuellen Zustand beenden. Er basiert auf Gesetzen und politischen Entscheidungen, die sofort geändert werden können und müssen. Wir rufen auf zu Aktionen am 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag - in Hamburg und überall!

Zu der Aktion ruft ein Bündnis aus Einzelpersonen sowie Gruppen und Bewegungen wie der Seebrücke, dem Flüchtlingsrat oder dem Watch the Med Alarmphone auf. Attac Hamburg unterstützt den Aufruf.

Zeit: 15 bis 17 Uhr

Ort: Fahnenplatz am Jungfernstieg

[Weitere Informationen](#)

22. Juni 2020

Geht das gut? Riesige Staatsschulden wegen Corona Reihe „Wirtschaft verstehen für alle“

Vortrag und Diskussion mit Thomas Dürmeier, Goliathwatch e. V.

Aus der [Einladung](#)

Unser Einführungsabend bietet einen Zugang zu einigen Grundfragen der Wirtschaft. In einem gemeinsamen Abend greifen wir das aktuelle Thema der riesigen „Neuverschuldung“ auf. Diese Verschuldung ist Ergebnis der Rettungspakete der Bundesregierung, die diese zur Bekämpfung des wirtschaftlichen Abschwunges im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie aufgelegt hat. „Kann das gut gehen?“ Während zahlreiche Politiker*innen das Bild der sparsamen „Schwäbischen Hausfrau“ bemühen und Staatsschulden kritisieren, begrüßen viele die Konjunkturpakete zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Vermeidung von Firmenpleiten. Allerdings werden die langfristigen Folgen einer (zu) hohen Staatsverschuldung vielfach kritisch gesehen.

Die Zahl der Teilnehmenden ist begrenzt. Um Anmeldung wird gebeten.

Login für Zoom-Meeting

<https://us02web.zoom.us/j/88017530977?pwd=cG51OE4weUduOGVQNTNsaFVLL1Mvdz09>
Meeting-ID: 880 1753 0977

Beginn: 19 Uhr

Ort: Rudolf-Steiner-Haus, Mittelweg 11-12, 20148 Hamburg

Beitrag auf Spendenbasis: 5 bis 9 Euro

Eine Veranstaltung von Goliathwatch e. V. und Umwelthaus am Schüberg

23. Juni 2020

Wer zahlt für die Krise? Europäischer New Deal statt Schuldenbremse

Es diskutieren Katja Karger, Vorsitzende des DGB Hamburg, Peter Bofinger, ehemaliges Mitglied der „fünf Wirtschaftsweisen“ und ein Vertreter/eine Vertreterin des Volksentscheids „Schuldenbremse streichen!“ über die Bedeutung des New Deals der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts in den USA und die Frage, was wir daraus für die Lösung der aktuellen Krise lernen können – auch mit den Teilnehmenden. In diesem Zusammenhang wollen wir außerdem diskutieren, welche weitreichenden Reformen wir heute durchsetzen müssen und welche Rolle dabei die Streichung der Schuldenbremse spielt.

Unterstützt wird die Veranstaltung von der DGB Jugend Hamburg und der Stipendiat*innengruppe der Hans-Böckler-Stiftung des Fachbereichs Sozialökonomie an der Uni Hamburg.

Der Einlass beginnt bereits ab 18.30 Uhr. Kommt also bitte möglichst frühzeitig, damit wir den Einlass unter Beachtung der Hygiene- und Abstandsregeln gut über die Bühne kriegen. Die Teilnahme ist kostenlos. Aufgrund der Abstandsregeln können 70 Personen in Präsenz an der Veranstaltung teilnehmen. Es wird darüber hinaus auch einen Livestream geben. Den Link dazu findet ihr am 23. Juni 2020 auf der [Kampagnen-Website](#).

Beginn: 19 Uhr

Ort: Zeise Kino, Friedensallee 7-9, Saal 1, 22765 Hamburg

Mitmachen bei Attac Hamburg

Die verschiedenen Treffen von Attac Hamburg finden auch im Juni 2020 nicht statt. Wer jedoch mitarbeiten oder sich an Aktionen beteiligen möchte, melde sich unter hamburg@attac.de.

Mit freundlichen Grüßen

Attac Hamburg

Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, erster Stock, 22765 Hamburg - <https://attac.hamburg> - E-Mail: hamburg@attac.de